

Unibasel erhält von Trägerkantonen mehr Geld

Die beiden Basel wollen ihre Beiträge um 11 Prozent erhöhen. Dies sei zu wenig, findet die Basler LDP.

Hans-Martin Jermann

Gute Nachrichten für die Universität Basel: Die Regierungen beider Basel haben die langen Verhandlungen über den Leistungsauftrag 2026 bis 2029 abgeschlossen und das Geschäft in die beiden Parlamente gegeben. Die gemeinsam getragene Universität erhält mehr Geld: Insgesamt 1,504 Milliarden Franken wollen die beiden Basel in den kommenden vier Jahren einschiessen, 11 Prozent mehr als in der ablaufenden Leistungsperiode 2022 bis 2025.

Davon trägt Basel-Stadt knapp 771 Millionen Franken (51,25%) und Baselland 733 Millionen (48,75%). Die prozentualen Anteile verändern sich gegenüber der Vorperiode kaum. Die Beiträge setzen sich so zusammen: Beide Kantone tragen zunächst die Vollkosten für ihre Studierenden, im Falle von Baselland sind es 370,6 Mil-

lionen Franken über die vier Jahre, bei Basel-Stadt 285,9 Millionen. Dies, weil mehr Studierende aus dem Landkanton stammen als aus der Stadt. Für den Standortvorteil wird Basel-Stadt mit total 84,7 Millionen Franken belastet.

In einem zweiten Schritt wird dann das Restdefizit der Uni auf die beiden Partnerkantone verteilt, wobei die Gewichtung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu einer leicht stärkeren Belastung von Basel-Stadt führt: 362,8 Millionen trägt Baselland, 400,2 Millionen Basel-Stadt.

Uni zeigt sich dennoch zufrieden

Die nun gesprochenen Mittel liegen leicht unter den Anträgen der Universität: Sie hatte 1,593 Milliarden Franken gefordert, 89 Millionen mehr als die nun gesprochenen 1,504 Milliarden. Dennoch ist man bei der Uni zu-

frieden: «Wir freuen uns, dass die beiden Trägerkantone mit diesem Entscheid unserer Universität das Vertrauen ausgesprochen haben», lässt sich Rektorin Andrea Schenker-Wicki schriftlich zitieren. Das starke Bekenntnis der beiden Basel erlaube es der Universität Basel,

Rund **1,504**
Milliarden Franken
sprechen die beiden
Kantone für die Unibasel.

auch in Zukunft in der Liga der besten Forschungsuniversitäten der Welt zu spielen.

Positiv kommentiert auch die Handelskammer beider Basel das Verhandlungsergebnis: «Es ist sehr erfreulich, dass sich die beiden Basel trotz unterschiedlicher Finanzlage geeinigt haben und sich gemeinsam für

eine starke Uni einsetzen», sagt Direktor Martin Dätwyler. Anders sieht es die Basler LDP: Die moderate Erhöhung der Mittel reiche nicht, um die Universität Basel auf Augenhöhe mit ausländischen Universitäten weiterzuentwickeln, sagt der neue LDP-Präsident Gabriel Nigon.

Die gestiegenen Kantonsbeiträge sind unter anderem auf die Teuerung zurückzuführen. Zudem führt der gegenüber den Planungen höhere Gebäudewert des neuen Biozentrums – 408,6 Millionen Franken – zu höheren Abschreibungen. Diese Mehrkosten belaufen sich auf 10 Millionen Franken über die nächsten vier Jahre und werden von den Kantonen getragen.

Allerdings sind nicht alle der beschriebenen Kostenüberschreitungen beim Biozentrum werthaltig. Die Kosten, die etwa aus Bauschäden, Planungsfehlern und Verzögerungen entstanden sind und die nicht von

Versicherungen oder Bauunternehmen bezahlt werden, belaufen sich auf 18,7 Millionen Franken. Laut den Regierungen sollen diese Kosten (wie der gesamte Biozentrum-Neubau) paritätisch aufgeteilt werden; in die Parlamente kommt deshalb eine Sondervorlage mit Ausgaben über je 9,35 Millionen.

Der Leistungsauftrag dürfte in den beiden Parlamenten eine Mehrheit finden. Er entspricht in etwa dem, was im Vorfeld erwartet wurde. Spannend dürfte der Blick auf die folgende Leistungsperiode ab 2030 werden. Es kündigt sich aus verschiedenen Gründen – auch wegen Neubauten – ein Kostensprung an, der vor allem im Landkanton eine neue Uni-Debatte entfachen könnte. Dies vor dem Hintergrund einer Gemeindeinitiative, welche die Kündigung des Univertrags fordert mit dem Ziel, andere Kantone bei der Finanzierung stärker zur Kasse zu bitten.